

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer
vom 4. November 2014**

Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich der Artikel im „Handelsblatt“ auf das informelle Treffen der Handelsminister in Rom vom 15. Oktober 2014 bezieht. Hierzu hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen schriftlichen Bericht zugeleitet. Thema des Treffens waren u. a. die laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), insbesondere mit Blick auf die mögliche Einbeziehung von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS). Deutschland, Frankreich, Österreich und Luxemburg berichteten über die Diskussionslage zu ISDS in ihren Ländern. Die Europäische Kommission sowie eine breite Mehrheit der sich äussernden Mitgliedstaaten sprachen sich für eine zügige Fortsetzung der Verhandlungen mit Zeitziel 2015 bei Festhalten an Regelungen zum Investitionsschutz und ISDS aus.

6. Abgeordnete **Doris Wagner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Vollzeitäquivalente der Beschäftigten in den Bundesministerien, deren Leitungen (Bundesministerinnen und Bundesminister) Mitglieder des Bundessicherheitsrates sind, beschäftigen sich mit dem Thema Rüstungsexporte (bitte aufschlüsseln nach Bundesministeriumszugehörigkeit), und welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung gegen die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel angeregte Verlagerung der Zuständigkeit für Rüstungsexporte vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie an das Auswärtige Amt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries
vom 5. November 2014**

Bei der Ermittlung der Vollzeitäquivalente wurden nur unmittelbar mit der Rüstungsexportkontrolle beschäftigte Mitarbeiter einbezogen. Beschäftigte aus Querschnittsbereichen wie Parlamentsreferaten, Öffentlichkeitsarbeit oder Rechtsreferaten wurden nicht berücksichtigt.

Dies vorausgeschickt, sind mit Stichtag 31. Oktober 2014 in den Bundesministerien folgende Vollzeitäquivalente der Beschäftigten mit dem Thema Rüstungsexporte beschäftigt:

Ministerium	Vollzeit- äquivalente
Auswärtiges Amt	8,9
Bundesministerium für Finanzen	1
Bundesministerium des Innern	0,4
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	0,4
Bundesministerium der Verteidigung	5,6
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	15,75
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1
Gesamt	33,05

Die Zuweisung einzelner Politikbereiche zu bestimmten Ressorts unterliegt der Organisationshoheit der Bundesregierung. Der Organisationserlass der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 17. Dezember 2013 sieht keine Verlagerung der Zuständigkeit für die Exportkontrolle von Rüstungsgütern vom BMWi an das AA vor.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel hat in seiner Rede zu den Grundsätzen der deutschen Rüstungsexportpolitik am 8. Oktober 2014 lediglich erklärt, dass für künftige Koalitionen zu prüfen sei, ob nicht das AA das richtige Ressort sei, um über Rüstungsexporte zu entscheiden. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 2014 hat er klargestellt, dass die Frage der Ressortzuständigkeiten für die laufende Legislaturperiode eindeutig geregelt ist.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern gewährleistet die Bundesregierung, dass im Visumverfahren zum Nachzug von Lebenspartnerinnen und Lebenspartner aus Ländern, in denen Lesben und Schwule verfolgt werden, Antragstellerinnen und Antragsteller davor geschützt werden, dass von einer deutschen Auslandsvertretung anerkannte bzw. benannte Dolmetscherinnen und Dolmetscher und Übersetzerinnen und Übersetzer, die im Rahmen ihrer Tätigkeit von der sexuellen Identität der Antragstellerinnen und Antragsteller Kenntnis erlangen, diese Kenntnis nicht an die Strafverfolgungsbehörden übermitteln bzw. unbefugt anderweitig verwenden?